

DKP-Informationen

Nr. 1/2019 - 30. Januar 2019

6. Tagung des Parteivorstandes 26./27. Januar 2019 Essen

Herausgegeben vom Parteivorstand der DKP
Hoffnungstraße 18, D - 45127 Essen

- Eigendruck -

Kostenbeteiligung: 1,50 Euro (zuzügl. 1,50 Euro Versandkosten)

6. Tagung des Parteivorstandes 26./27. Januar 2019, Essen

Inhalt

- Referat/e
- Beschlüsse

Tagesordnung

1. Referat und Diskussion zur Entwicklung der EU
Referent: Stephan Müller, DKP München
2. Aussprache zu den Gelbwesten
3. Kubas neue Verfassung
Referent: Joaquín Bernal, Abgeordneter der kubanischen Nationalversammlung
4. EU-Wahlkampf
5. Finanzen
6. Weitere Beschlussfassung
7. Schlusswort

6. Tagung des Parteivorstandes 26./27. Januar 2019, Essen

Unkorrigiertes Manuskript.
Es gilt das gesprochene Wort.

Zur Entwicklung der EU

Stephan Müller, DKP München

Die EU, ein imperialistisches Instrument

Ich werde versuchen, aufzuzeigen, dass unsere Bezeichnung der EU als imperialistisches Instrument nicht eine beliebige Meinung im politischen Meinungsstreit ist. Die Bestimmung der EU als imperialistisches Instrument lässt sich herleiten aus dem historischen Prozess der Klassenkämpfe, in denen sie entstanden ist. Dabei werde ich mich konzentrieren auf die Triebkräfte in den USA, in Frankreich und in Deutschland, die im Wesentlichen die Entwicklung der EU bestimmt haben.

Diese Triebkräfte, die zur heutigen Kräfteaufstellung führten, zeigen sich deutlich im Entwicklungsprozess des geschlagenen deutschen Imperialismus vom 8. Mai 1945 zur führenden imperialistischen Großmacht in der EU.

Warum konnte der deutsche Imperialismus wieder hochkommen?

Nach 1945 stellte sich für die deutsche Monopolbourgeoisie die Frage des Überlebens. Zum zweiten Mal war sie im Kampf um die Neuaufteilung der Welt geschlagen worden. Mit schwachen Bündnispartnern war der deutsche Imperialismus von einer unvorhergesehenen Koalition der stärksten imperialistischen Großmächte und der unterschätzten Sowjetmacht niedergedrungen worden. Der deutsche Imperialismus hatte anders als 1918 jegliche Staatsmacht verloren. In Potsdam einigten sich die siegreichen Imperialisten mit der Sowjetunion darauf, Deutschland zu demilitarisieren und die Monopole zu zerschlagen. Die Zustimmung der imperialistischen Sieger zum Potsdamer Vertrag war nicht etwa der Einsicht entsprungen, dass die Vorschläge der sowjetischen Delegation sinnvoll waren. Die US-, aber auch die britischen und französischen Imperialisten wollten diese Verträge, um die Fehler von 1918 nicht zu wiederholen, die dem geschlagenen deutschen Imperialismus den zweiten Anlauf zur Weltmacht erlaubten. Diejenigen Kräfte im Lager der Imperialisten, die wie vor 1939 dazu drängten, Deutschland gegen die SU wieder zu bewaffnen, konnten sich in Potsdam noch nicht durchsetzenⁱ.

Die USA waren 1945 wirtschaftlich, politisch und militärisch in der kapitalistischen Welt dominierend geworden, zum Einen mit dem US-Dollar, dessen Wert sie mit dem Abkommen von Bretton Woods

kontrollierten, und zum Anderen mit der US-Army und ihren Geheimdiensten. Es war aber nicht gelungen, die Sowjetunion, den Sozialismus als Staatsmacht, auszulöschen. Die Konkurrenz der Imperialisten um die Neuaufteilung der Welt, getrieben durch den Wiederaufstieg des deutschen Imperialismus nach 1918, war stärker gewesen als das gemeinsame Interesse, die SU zu vernichten. Der vom deutschen Imperialismus angezettelte 2. Weltkrieg hatte die SU geschwächt, hatte sie aber zum siegreichen Vorkämpfer aller um ihre Befreiung kämpfenden Völker gemacht. Revolution und nationaler Befreiungskampf breiteten sich nach 1945 aus wie ein Flächenbrand: Es lässt sich kaum ein Land finden, in dem sich damals nicht Volksfronten zur Abwehr der faschistischen Aggression gebildet hatten, wie sie der VII. Weltkongress der KI gefordert hatte, und die nun den Kampf weiterführten um Sozialismus und Unabhängigkeit.

Der US-Imperialismus stand in seiner Stärke 1945 deshalb in einem Widerspruch zweier strategischer Teilziele:

Erstens, den überlebenden und sich weltweit ausbreitenden Sozialismus unter Führung der SU eindämmen, zurückdrängen und schließlich vernichten. Dieses erste Ziel war das gemeinsame Interesse aller kapitalistischen Mächte.

Das zweite strategische Ziel des US-Imperialismus 1945 war es, die Hegemonie über die anderen imperialistischen Großmächte aufrecht zu erhalten und deren Einflusssphären zu übernehmen. Das stand natürlich im Widerspruch zum Interesse der Nicht-US-Imperialisten.

Die deutsche Monopolbourgeoisie hatte diesen Zielkonflikt der USA bereits 1944 erkanntⁱⁱ und genutzt. Gehlen und Heusinger, die Planungschefs für den Überfall auf die SU und ihre Kameraden, dienten sich der US-Army ebenso planvoll an wie die Leute aus den Kommandohöhen der Kriegswirtschaft. Erhard, Blessing und Abs waren die bekanntesten Namen, die sich den US-Siegern nützlich machten mit dem Ziel, bald wieder auf eigene Rechnung zu arbeitenⁱⁱⁱ. Hier zeigt sich der untrennbare Zusammenhang des Klassenkampfes auf nationaler und internationaler Ebene: Auf der nationalen Ebene, wo sich die

geschlagene deutsche Monopolbourgeoisie dem US-Kapital als Büttel andiente zur Niederhaltung der Gewerkschafts- und damit Sozialisierungsbewegung und gleichzeitig auf der internationalen Ebene, wo sich dieselbe Monopolbourgeoisie mit den reaktionärsten und aggressivsten Kräften des US-Imperialismus verbündete, um mit der Einführung der D-Mark Deutschland zu spalten und eine Basis für die Remilitarisierung zu schaffen. Der Zielkonflikt der USA schien zunächst keine großen Widersprüchlichkeiten zu entwickeln. Die Monopolherren aller Länder waren nur allzu gern bereit, sich vom US-Imperialismus gegen ihr eigenes Volk einspannen zu lassen im „Kampf gegen den Weltkommunismus“. Aber schon im Korea-Krieg 1950 konnten die beim US-Imperialismus untergeschlüpfen deutschen Imperialisten den Widerspruch nutzen, um den Potsdamer Vertrag zu sprengen. Damit sind wir auch schon beim ersten Vorläufer der EU, der, wie wir sehen werden, bereits wesentliche Charakterzüge des imperialistischen Europaprojekts zeigen wird.

Die Montanunion

Der Koreakrieg, den die USA mit Blick auf China 1950 – 1953 führten und mit massiver Materialüberlegenheit gewinnen wollten, löste in den USA einen ungeheuren Rüstungsbedarf aus. Die US-Militärverwaltung beendete deshalb erst unter der Hand, dann offiziell die „Potsdamer“ Beschränkung der westdeutschen Stahlproduktion. Dem „Wirtschaftswunder“^{iv} waren damit die Schleusen geöffnet, die Produktionskapazität vom Mai 1945 war ja vorhanden und größer als 1936^v. Potsdam war Vergangenheit, die deutsche Monopolbourgeoisie durfte wenigstens in Westdeutschland in der neugeschaffenen BRD unter Aufsicht der USA wieder Macht ausüben. Der französische Imperialismus wurde 1951 auf Druck des US-Imperialismus über die Montanunion in die Auflösung der Potsdamer Beschränkung der deutschen Stahlproduktion eingebunden. In der Montanunion erhielten die späteren EWG-Gründer BRD, Frankreich, Italien, sowie Belgien, die Niederlande und Luxemburg eine Freihandelszone mit gemeinsamen Regeln, die von einer gemeinsamen Behörde festgelegt wurden. Ihr offizieller Name ist übrigens Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl, EGKS. Die französischen Imperialisten, die kein Interesse hatten, auf den Potsdamer Vertrag zu verzichten, wurden von den USA mit der politischen Leitung der Montanunion geködert, aber auch mit Kreditenzug für den Wiederaufbau bedroht. In der BRD war in der Arbeiterbewegung durchaus bekannt, was es bedeutete, den Potsdamer Vertrag zu sprengen. Deshalb wurden rechte SPD- und DGB-Funktionäre eingebunden mit außerordentlich gut dotierten Posten in den Gremien der Montanunion, das Monatsgehalt entsprach dem Jahresgehalt eines Stahlarbeiters^{vi}.

Der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und

Stahl sollte die Europäische Verteidigungsgemeinschaft EVG zur deutschen Wiederbewaffnung auf dem Fuß folgen. Das wurde aber trotz enormem US-Druck 1954 im französischen Parlament gestoppt, wo sich zu viele bürgerliche Kräfte an die Vorgeschichte von Potsdam erinnerten und mit der starken und volksfronterfahrenen kommunistischen Partei dagegen stimmten. So mussten die USA dem westdeutschen Staatsgebilde BRD eine Teilsouveränität zugestehen, um es in die US-gesteuerte NATO aufzunehmen^{vii}. Die Bewegung gegen die Remilitarisierung reichte in Westdeutschland wie in Frankreich ebenfalls bis weit in bürgerliche Kreise hinein. Ihr Rückgrat hatte sie in der Arbeiterbewegung, wo den schwankenden Reformisten aus der SPD standfeste Kämpfer aus KPD und FDJ zur Seite standen. Gegen kämpfende Kräfte wie die streikenden bayerischen Metaller, die lautstark mehr Lohn statt Rüstung forderten, ging Adenauers BRD-Staat in äußerster Härte vor, der Staatsterror gegen KPD und FDJ ist bekannt. Gleichzeitig stärkte Adenauer die SPD-Reformisten durch sein Rentengesetz, das er gegen den BDI durchsetzte. 1952 würgte er die Diskussion ab um das Wiedervereinigungsangebot der SU à la Österreich auf Basis des Potsdamer Vertrags, bekannt als „Stalin Note“. Adenauer orientierte auf einen Tag X der Wiedervereinigung in monopolkapitalistischer „Freedom and Democracy“. Trotz durchaus effizienter Bündnisarbeit der Kräfte um Gehlen und Heusinger in US-Army und CIA fiel die Entscheidung der USA dann am Tag X, dem 17. Juni 1953, dagegen aus, sich in einen Krieg um Deutschland ziehen zu lassen. Da haben Korea und die inzwischen atombewaffnete SU an der Seite der deutschen Friedensbewegung gekämpft. Die BRD setzte dann bis 1961 auf „Ausbluten“ der DDR durch Abwerbung von Fachkräften, was der BRD nach Schätzung bürgerlicher Wirtschaftswissenschaftler etwa 20 mal so viel einbrachte^{viii} wie der Marshallplan. Auch 1956 in Ungarn und 1961 in Kuba und Berlin konnten sich die Kriegstreiber in Deutschland und USA nicht durchsetzen. Das ist der Hintergrund, der den deutschen Imperialismus an die Seite de Gaulles brachte, wir kommen zur EWG und EG.

EWG und EG

Hatte 1950 der deutsche Imperialismus den US-Zielkonflikt zwischen imperialistischer Konkurrenz und Zurückdrängen der Revolution genutzt, so war es ein paar Jahre später ein Zielkonflikt des französischen Imperialismus, den man gegen die USA nutzte.

In der französischen Finanzoligarchie überwog das Interesse, die Dominanz der USA abzuschütteln, den Antikommunismus. 1956 in der Suez-Krise hatten die USA den Briten und Franzosen klargemacht, dass sie als Atommacht Weltpolitik allein mit der Atommacht SU entscheiden. Die USA hatten von Frankreich 1954

die Hegemonie in Indochina übernommen, nachdem Frankreich das Geld für die Finanzierung des Kolonialkriegs ausgegangen war. 1957/58 steckte Frankreich wieder in einer Finanzkrise wegen des Algerienkriegs. Der französische Imperialismus stand nun vor dem Problem, den enormen Finanzaufwand der Atom- und Wasserstoffbombenentwicklung stemmen zu müssen, wenn er Weltmacht bleiben wollte. Also wurde die Gemeinschaft für Kohle und Stahl 1957/58 mit den Verträgen von Rom um die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, EWG, und wohlgermerkt auch um die Europäische Atomgemeinschaft EAG, kurz Euratom, erweitert. Die USA waren natürlich an der Atomrüstung Frankreichs im Verbund mit der BRD nicht interessiert^{ix}. Sie verhängten deshalb später auch ein Computer-Embargo gegen Frankreich^x, um die Entwicklung der französischen Wasserstoffbombe zu bremsen.

Für das Vertragstrio Montanunion, EWG und Euratom bildete sich der Sprachgebrauch EG, Europäische Gemeinschaften, heraus, die Verträge wurden 1965/67 offiziell zur EG fusioniert. Daneben bestand bereits seit 1954 in und neben der NATO, wenig beachtet, die Westeuropäische Verteidigungsunion, die 1993 von der sog. GASP, der gemeinsamen Sicherheits- und Außenpolitik im Vertrag von Maastricht abgelöst wurde und 2001 von der GSVP, der gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik im Vertrag von Nizza und schließlich 2007 von dem Militärpakt in den Lissabon-Verträgen. Die Militärverträge seit der WEU sind im staatsrechtlichen Graubereich eingerichtet, d.h. mit noch weniger parlamentarischer Kontrolle irgendwo zwischen EU und NATO. Dazu später noch eine Bemerkung.

Zurück zur EWG: Wir betrachten die gesellschaftlichen Triebkräfte beim dritten Anlauf des deutschen Imperialismus zur Weltmacht in ihrem Gesamtzusammenhang:

- zwischen nationalem und internationalem Klassenkampf
- und in imperialistischer Kooperation und Konkurrenz vor allem mit den USA und Frankreich
- konkret in der NATO und den Europäischen Gemeinschaften.

1961 war die BRD die stärkste und am schnellsten wachsende ökonomische Macht in Europa. Das Finanzkapital, Großbanken und die Industriemonopole waren wiederhergestellt. Die im Wesentlichen unveränderte Finanzoligarchie übte die Herrschaft in der BRD als noch weitgehend abhängiger Juniorpartner der USA aus.

1963 verstärkte das Deutschland Adenauers die Kooperation mit dem Frankreich de Gaulles, das Algerien schließlich gegen den Willen der USA als Kolonie aufgegeben hatte. Mit dem Elysée-Vertrag wurde die Struktur der festen Regierungs-

zusammenarbeit mit regelmäßigen Treffen auf Minister- und Kabinettssebene geschaffen. 1965 fing Frankreich an, seine Goldreserven aus den USA zurückzuziehen, 1966 trat es aus der Kommandostruktur der NATO aus. Das NATO-Hauptquartier zog nach Brüssel. De Gaulles Vorschlag, die EG zu einer Verteidigungsunion auszubauen, alternativ zur NATO, das nämlich steckte hinter seinem Schlagwort des „Europa der Vaterländer“, wurde aber von den USA ausgebremst: Frankreich konterte in der EWG mit der „Politik des leeren Stuhls“, das heißt, an Sitzungen, die nicht ihrer Agenda entsprachen, nahmen die Franzosen lange nicht mehr teil^{xi}.

Der Einfluss des US-Imperialismus in Frankreich, der BRD und Britannien war 1973 schließlich stark genug, um den britischen Eintritt in die EWG durchzusetzen.

Auf der anderen Seite des Globus war der Krieg gegen die Wiedervereinigung und Unabhängigkeit Vietnams, den die USA vom französischen Imperialismus übernommen hatten, wieder heiß geworden. Die USA verschuldeten sich dadurch zunehmend. Die BRD steigerte wieder die Exporte in die USA. 1973 mussten die USA das Währungssystem von Bretton Woods und damit die Kontrolle über den Kurs des US-Dollars aufgeben. Die nach der Wiederaufbauphase zurückgekehrten zyklischen Wirtschaftskrisen brachten in der BRD 1966 ½ Million Arbeitslose, 1973 schon 1 Million. Die Krisenhaftigkeit und eine wachsende Streikbewegung zusammen mit der Studenten- und Lehrlingsbewegung beunruhigte die deutsche Monopolbourgeoisie. Die suchte den Ausweg aus der Krise im Export, auch in Wirtschaftsbeziehungen mit dem RGW, um gleichzeitig mit den USA „Wandel durch Annäherung“ und Finanzwirtschaftskrieg zu planen. Im Inneren lockerte man das KPD-Verbot, schuf sich aber gegen erhebliche Widerstände im Volk die Notstandsgesetze, um auch ohne die USA gegen Aufstände vorgehen zu können. Gleichzeitig wurde Staatsnachfrage durch Aufrüstung geschaffen. 1970 beschlossen europäische NATO-Mitglieder zur „Entlastung“ der USA europäische Rüstungs- und Organisationsstrukturen innerhalb der NATO. Das europäische Kampfflugzeug Tornado griff das US-Flugzeugmonopol an, es flog erstmals 1974. In der BRD wurde in den 70er Jahren durch „keynesianische“ Staatsverschuldung zusätzlich 350 Mrd. DM Nachfrage geschaffen, davon gingen mindestens 250 Mrd. in die (konventionelle) Rüstung.

Das ist der Hintergrund, vor dem sich der **Euro und die EU** entwickelten.

Helmut Schmidt und der französische Präsident Giscard beschlossen 1975 eine gemeinsame Währungspolitik, um vom US-Dollar unabhängiger zu werden. Das Europäische Währungssystem EWS ab 1979 war Vorläufer des Euro. Weder das

EWS noch der Rüstungskeynesianismus konnte die nächste zyklische Krise 81/82 verhindern, sie brachte bereits 2 Mio. Arbeitslose.

Nach der Niederlage in Vietnam konsolidieren die USA mit der BRD an ihrer Seite ihre konterrevolutionäre Strategie mit Schwerpunkt Wirtschaftskrieg. Der wird 1980 in der Krise in Polen sichtbar und im Milliardenkredit von 1983 an die DDR. 1985 hoffte die KPdSU, mit dem neuen Generalsekretär Gorbatschow einen Ausweg aus der zunehmend krisenhaften Wirtschaftslage zu finden.

In Südeuropa verloren die USA die nach 1945 durchgesetzte Hegemonie mit dem Ende der faschistischen Regimes und dem Eintritt der Staaten in die EWG, die auf Basis der EG zur EU ausgebaut wurde: Griechenland 1981, Spanien und Portugal 1986. Der Elysee-Vertrag, die deutsch-französische Struktur der Regierungszusammenarbeit, wurde von Mitterrand und Kohl 1988 auf „Verteidigung“ ausgedehnt.

Nach dem Sieg der Konterrevolutionen 1989-1992 in der SU und den anderen sozialistischen Ländern Europas begann dort das Rennen um die Beute, d.h. um den Aufbau imperialistischer Einflussgebiete. Da schienen die USA zunächst zu gewinnen. Sie überließen dem deutschen Finanzkapital die DDR und glaubten damit dessen Kräfte gebunden zu haben. Bereits mit dem Sturz Jelzins erlitten die USA aber einen Rückschlag. Trotz der mehr oder weniger offenen „Fuck the EU“-Aktionen wie in der Ukraine^{xii} ist seitdem der Einfluss des EU-Kapitals unter Führung des deutschen Kapitals in den ehemaligen Staaten des RGW gestiegen. Das gleiche gilt auch für das Gebiet des ehemaligen Jugoslawien.

Mit den Verträgen von Maastricht und Lissabon war die EG ab 1993 zur EU, zur Militär- und Währungsunion geworden, die mit dem Euro auf Unabhängigkeit vom US-Dollar zielt. Der Euro zementierte die Hegemonie des deutschen und französischen Finanzkapitals in der EU, weil die gemeinsame Währung den kapitalmäßig schwächeren Staaten keine nationalen Abwertungen mehr erlaubt. Die Krise 1998/2001 mit 5 Mio. Arbeitslosen in der BRD konterte die deutsche Monopolbourgeoisie mit der Agenda 2010, also innerer Abwertung durch Lohnsenkung. Möglich war das durch den Einsatz der rechten Sozialdemokratie und ihren Einfluss in den Gewerkschaften. Der innere Widerstand gegen die Agenda scheiterte an der Desorientierung der marxistischen Arbeiterbewegung nach der Konterrevolution von 1989. Die französische Finanzoligarchie ist seither bestrebt, den Lohnkostensprung der deutschen Konkurrenten durch „Reformen“ gegen die eigene Arbeiterklasse einzuholen.

Die USA kämpften nach 2001 mit dem „Krieg gegen den Terror“ darum, ihre weltweite Hegemonie auch auf dem Feld der Technologie mit

Rüstungsinvestitionen und weltweiten Kriegen aufrecht zu erhalten. Die dadurch verstärkten Widersprüche zwischen Frankreich, Britannien, den USA und Russland und China nutzte der deutsche Imperialismus, um eine zunehmend selbstständige Rolle zu spielen.

Nach 1989 zeigte sich, dass die weltweite Deregulierungsoffensive der USA der Nach-Vietnam-Ära sich keineswegs nur gegen die RGW-Staaten gerichtet hatte, sondern auch der Aufrechterhaltung der US-Hegemonie auf den Finanzmärkten diene. Die Militärausgaben des „Kriegs gegen den Terror“ wurden gedeckt durch die Politik des „billigen Gelds“ der US-Zentralbank und halfen dem US-Finanzkapital aus der 1998 beginnenden Weltfinanzkrise, die 2007 in die noch anhaltende Weltwirtschaftskrise überging.

Die BRD konnte, nach Einverleibung der DDR größer und nach Lohnkostensenkung durch die Agenda kapitalstärker geworden, als stärkste wirtschaftliche Macht die Krisenpolitik in der EU diktieren. Das wurde sichtbar in der Nacht vom 8. auf den 9. Mai 2010, als Sarkozy sich Merkel unterwerfen musste, um in der Griechenlandkrise die französischen Großbanken zu retten. Die deutsche Finanzoligarchie hatte nach der wirtschaftlichen jetzt auch die politische Führung in der EU. 75 Jahre nach ihrer blutigen Niederlage konnte der deutsche Imperialismus nun auch wieder die Frage nach der militärischen Weltmachtposition stellen. Unter den deutschen Oligarchen besteht aber keine Einigkeit, wie weit die Konkurrenz zum US-Imperialismus offen gezeigt werden kann und wie viel der französischen Finanzoligarchie zugestanden werden soll, damit sie diesmal friedlich an die Seite der BRD rückt. Bei Angriffen auf den US-Markt haben führende Industriemonopole wie Daimler mit Chrysler, Siemens und VW, aber auch die Deutsche Bank und der Allianz-Konzern ihre Grenzen und die ihrer Staatsmacht aufgezeigt bekommen. Nachdem Bundespräsident Köhler den militärischen Weltmachtanspruch offen geäußert hatte, musste er 2010 zurücktreten. Seine Nachfolger Gauck und Steinmeier formulierten den militärischen Weltmachtanspruch der BRD aber weiter, ohne die Ordnungsrufe der USA aus dem Auge zu verlieren. Im alten Aufrüstungslied singen sie einmal die Strophe „man kann sich auf die Amis nicht mehr verlassen“, dann wieder „wir müssen unsere Freunde entlasten“. Im Zweifel gilt immer die bewährte deutsche Aufrüstungsbegründung „zur Unterstützung der USA“ gegen Russland. Weltkriegsgefahr wird dabei von der deutschen Finanzoligarchie billigend in Kauf genommen.

Was zeigt der Entwicklungsprozess der Staatsmacht der deutschen Finanzoligarchie seit 1945?

Die zahlenmäßig winzige deutsche Finanzoligarchie, vielleicht 100 Familienclans mit ihrem

Hofstaat, übt die Herrschaft im Staat BRD in lange gewachsenen Abhängigkeiten nach Innen und Außen aus. Nach 1945 ist der deutsche Imperialismus aus der Dominanz des US-Imperialismus zunehmend herausgewachsen vor allem in Verbindung mit der Rüstung gegen die Sowjetunion, aber wesentlich auch mit Rückgriff auf die Widersprüche des französischen Imperialismus zum US-Imperialismus. Die Fäden, die in diesem Entwicklungsprozess gesponnen wurden, bilden das Netzwerk der Macht, dessen Struktur Lenin im „Imperialismus...“ darstellt. Dieses Netzwerk spinnt sich im Inneren, wie er im VII Kapitel ausführt, vor allem über den Sozialdemokratismus in die Arbeiterbewegung hinein, und verdeckt den Blick auf die Triebkräfte der Kriegsgefahr^{xiii}: Es ist der Zwang zur Neuaufteilung der Welt, der aus dem Missverhältnis entsteht zwischen der Entwicklung der Akkumulation und der Entwicklung der Einflussphären. Der Blick des deutschen Imperialismus ist genau auf dieses Missverhältnis gerichtet:

Er ist es, der aus diesem Missverhältnis heraus das größte objektive Interesse hat an der Störung des labilen Gleichgewichts zwischen den imperialistischen Großmächten durch Neuaufteilung der Absatzmärkte, Rohstoffquellen und Einflussphären. Er kann deshalb mit Fug und Recht als aggressiver Kriegstreiber bezeichnet werden, auch wenn ihm gegenwärtig die militärischen Mittel zur Durchsetzung seiner Interessen gegenüber dem heutigen Hauptaggressor in der Welt, den USA, noch fehlen.

Lenin hat bekanntlich festgestellt: „Vom Standpunkt der ökonomischen Bedingungen des Imperialismus ... sind die Vereinigten Staaten von Europa entweder unmöglich oder reaktionär“^{xiv}. Er sollte auch hier Recht behalten: Je mehr die EU sich als Vereinigte Staaten aufstellt, desto reaktionärer zeigt sie sich. Sie dient als Instrument zur Aushebelung der von der Arbeiterklasse in den nationalen Klassenkämpfen erkämpften demokratischen und sozialen Rechte. Sie ist Instrument zur Unterdrückung der schwächeren Länder. Sie ist der Rahmen, in dem die stärksten imperialistischen europäischen Großmächte BRD und Frankreich ihre Kooperation und Konkurrenz austragen und sich bereits in zunehmender Rivalität zu den nach wie vor militärisch viel stärkeren USA aufstellen. Der aktuelle Weg der EU zur militärischen Großmacht ist in dem kürzlich von der IMI herausgegebenen Buch „Die Militarisierung der EU“ dokumentiert,^{xv} in dem auch die Verzahnung von NATO und EU deutlich wird. Dem deutschen Imperialismus dient die EU vor allem zur Verschleierung seiner militärischen Großmachtpläne. Nach zwei gescheiterten Anläufen

zur Weltmacht hat die deutsche Finanzoligarchie dazugelernt. Dazu Originalton von der Leyen vom 10. Januar: „Wie die Entstehungsgeschichte der heute allseits akzeptierten Errungenschaften EU-Binnenmarkt oder Freizügigkeit zeigt, erzielen wir wesentliche Fortschritte in Europa nicht im Hausrückverfahren. Sondern es braucht vertrauensbildende Zwischenschritte und Mitgliedstaaten, die entschlossen vorangehen. Auf dem Gebiet der Verteidigung ist Deutschland gemeinsam mit Frankreich Treiber in Europa“^{xvi}.

Wird die BRD mit der EU die neue aggressive Weltmacht?

Mit diesem Gesamtbild wäre die gegenwärtige Lage der EU einzuschätzen: Welche Kräfte machen sich in Frankreich und in der BRD für den Vorschlag von Emmanuel Macron^{xvii} stark zur gemeinsamen Beherrschung der EU als Weltmacht gegen die USA und China und welche Interessen stellen sich dagegen?

Aus der nach wie vor starken Kooperation der deutschen Imperialisten mit dem US-Imperialismus in EU und NATO entwickeln sich mit einer gewissen Notwendigkeit zunehmend die Elemente der Konkurrenz.

Dem militärischen Weltmachtstreben des deutschen Imperialismus und der Gefahr, dass er sich ein drittes Mal zum Hauptaggressor in der Welt entwickelt, stellen sich aber zwei wesentliche Barrieren entgegen:

Erstens, das Interesse der anderen Imperialisten. Das Interesse der US-Imperialisten ist dabei immer wieder mit dem deutschen Kooperationsangebot unterlaufen worden, das mit dem Weltmachtstreben ebenfalls zunahm. Teile der französischen Monopolbourgeoisie setzen auf der anderen Seite weiter auf die EU-Kooperation zum Erhalt der eigenen Weltmachtposition, fordern aber mit der wachsenden Macht des deutschen Imperialismus zunehmend Absicherungen.

Die zweite Barriere vor dem Weltmachtstreben des deutschen Imperialismus ist der nationale Klassenkampf: Das Volk hat kein Interesse am Krieg. Selbst die ungeheure Medienmacht der Finanzoligarchen hat keine subjektive Mehrheit für Aufrüstung geschaffen, weder in Deutschland, noch in den anderen Ländern. In Deutschland gibt es weder eine Mehrheit für Aufrüstung unter dem US-Mantel noch für eine EU-Militärweltmacht. Deshalb liegt dem deutschen Imperialismus so viel am Mythos vom Friedensprojekt Europa. Er braucht, hier sind wir wieder bei Lenin, den Opportunismus in der Arbeiterbewegung, um den Mythos aufrecht zu erhalten.

-
- ⁱZur Entwicklung der Weltlage nach 1945 Eugen Varga, Der Kapitalismus des zwanzigsten Jahrhunderts in E.S. Varga, Ausgewählte Schriften 1918-1964, Band 3, Köln 1982, S. 30ff. Zur Entwicklung in Westdeutschland nach 1945 Jürgen Kuczynski, Darstellung der Lage der Arbeiter in Westdeutschland, Band 7a der Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus. Berlin 1963
- ⁱⁱ Dietrich Eichholtz, Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939 – 1945, Band 3, Teil 2, S. 597 ff, München 2003
- ⁱⁱⁱ Bernd Engelmann, Wie wir wurden, was wir sind, Kap. 13: Das Wirtschaftswunder – geplant seit Stalingrad. S. 263. München 1982
- ^{iv} Ausführlich zum Koreaboom als Grundlage des Wirtschaftsaufschwungs und zur Atomwaffenfinanzierung Frankreichs als Hauptmotivation der EWG Gründung: Die „offizielle“ „Deutsche Wirtschaftsgeschichte“ von Werner Abelshäuser, für 5 € zu beziehen von der Bundeszentrale für politische Bildung, bpb Band 1204, Bonn 2011.
- ^v Abelshäuser a.a.O. S. 70
- ^{vi} J. Kuczynski s.o. erste FN, S. 301
- ^{vii} Mit den Spitzenkräften Gehlen-Spionage, Heusinger-Bundeswehr, Erhard-Wirtschaftsminister, Blessing-Bundesbank und Abs-Deutsche Bank.
- ^{viii} Abelshäuser a.a.O. S. 294
- ^{ix} Abelshäuser 252 ff
- ^x US-Computer-Embargo gegen Frankreich: Fall Control Data 6000. Zeit online <https://www.zeit.de/1966/36/besiegt-de-gaulle-den-dollar/seite-2>
- ^{xi} Andreas Wehr, Die Europäische Union, papyrossa Basis, Köln 2012
- ^{xii} In einem auf youtube veröffentlichten Telefonat wies die stellvertretende US-Außenministerin Nuland mit den Worten „Fuck the EU“ den US-Botschafter in der Ukraine am 4.2.2014 an, den von BRD/EU lancierten Klitschko als Präsident zu verhindern.
- ^{xiii} Lenin, Werke Band 22, S. 269ff
- ^{xiv} LW 21, S. 343
- ^{xv} Claudia Haydt, Jürgen Wagner, Die Militarisierung der EU, Berlin 2018
- ^{xvi} Handelsblatt 10.01.2019, Gastkommentar U. von der Leyen, S. 48, zur Vorbereitung der neuerlichen Erweiterung der Elysée-Verträge,
- ^{xvii} Rede in der Sorbonne am 26. September 2017 s. T&P 44, S. 5
-

6. Tagung des Parteivorstandes 26./27. Januar 2019, Essen

Einleitung zum Tagesordnungspunkt EU-Wahlkampf

Patrik Köbele, Vorsitzender der DKP

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir haben zur EU-Wahl ein gutes Programm – die Abgrenzung zu allen anderen Kräften ist klar und eindeutig. Es gibt die EU-Befürworter, die sich in Nuancen bzw. mit Reformhoffnungen unterscheiden, sie reichen von der CDU, über FDP, SPD, Grüne bis zur PDL – es gibt die scheinbaren EU-Kritiker auf der Rechten, vor allem die AfD. Sie hat dann nichts gegen die EU, wenn diese jegliches demokratische Mäntelchen ablegt und sich zur Freiheit des Verkehrs von Waren, Dienstleistungen und Kapital bekennt. Sie hat dann nichts gegen die EU, wenn die EU den Verkehr von Arbeitskraft darauf reduziert, dass nach Deutschland nur darf, wer den Interessen der herrschenden Klasse unmittelbar nützt.

Und es gibt uns, die wir eine klare, fundierte, linke, sozialistische Position zur EU und ihrer notwendigen Überwindung haben.

Dabei gibt es einen Aspekt, den wir öffentlich sicher weniger erörtern werden, dessen wir uns aber auch bewusst sein müssen: Die EU ist nicht nur ein Herrschaftsinstrument der führenden imperialistischen Mächte in der EU, der herrschenden Kapitalistenklassen in allen EU-Ländern. Die EU ist auch für Teile der Arbeiterklasse, für große Teile der Gewerkschaftsbewegung eine Fessel, weil sie ein wichtiges Instrument für deren Einbindung in die Herrschaftsstrategie der Herrschenden ist. Das gilt besonders für die führenden Imperialismen in der EU, also auch für Deutschland.

Der Kurs, der unter Gerhard Schröder, unter SPD und Grünen eingeleitet wurde, Deutschland mit der Agenda 2010 zu einem Niedriglohnland zu machen, einen massiven Druck auf die gesamte Arbeiterklasse auszuüben, dieser Kurs ging ja auf. Er ging auch in die Richtung auf, dadurch „neokoloniale“ Extraprofite zu erzielen, die für Zugeständnisse an Teile der Arbeiterklasse genutzt werden können und werden.

Manche von euch wissen, dass ich von einem strukturellen Problem der deutschen Gewerkschaftsbewegung spreche. Sie spricht erstens im Wesentlichen den beschäftigten Teil der Arbeiterklasse an, und ist zweitens sehr stark eine „Betriebsrätegewerkschaftsbewegung“. Sie ist stark auf den Teil der Klasse fokussiert, der sowohl beschäftigt ist, als auch Betriebs- bzw. Personalräte wählt – und darunter dominieren wiederum diejenigen aus größeren Betrieben. Im Ergebnis führt das dazu, dass die Interessensvertretung der Gesamtklasse, die ja zum Beispiel auch die Arbeitslosen, die Leiharbeiter, die Werkverträge umfasst, erschwert ist.

Das heißt dann auch, dass die Aufgabe der Gewerkschaftsbewegung, die Konkurrenz innerhalb der Arbeiterklasse zurückzudrängen bzw. zu beseitigen, erschwert ist – zumindest im Hinblick auf die Gesamtheit der Arbeiterklasse.

Beide Faktoren, die Zugeständnisse auf Basis der Extraprofite der „neokolonialen“ Ausbeutung in- und außerhalb der EU und das strukturelle Problem der deutschen Gewerkschaftsbewegung, sind aus meiner Sicht der Hintergrund dafür, dass Teile der Arbeiterklasse und große Teile der Gewerkschaftsbewegung die EU begrüßen. Dass sie die Kritik an ihr, die notwendige Forderung, sie zu überwinden, mit Nationalismus und Rückwärtsgewandtheit gleichsetzen. Das ist eine ideologische Stoßrichtung der herrschenden Klasse zur Absicherung ihrer Herrschaftsstrategie.

Die Arbeiterklasse unseres Landes wird in mehrfacher, durchaus unterschiedlicher Art und Weise in die Strategie der herrschenden Klasse eingebunden. Diese Strategie hat mehrere Eckpunkte:

- Gemeinsam mit anderen führenden Imperialismen, unter Anerkennung der führenden Rolle des US-Imperialismus, werden mit den Instrumenten NATO und EU Staaten und Nationen zur Reason gebracht, ggf. zerstört, ggf. ein Regime Change initiiert, falls diese sich nicht den Interessen der führenden Imperialismen unterordnen.
- Die EU wird als Konstrukt aufgebaut, das im Konkurrenzkampf mit dem US-Imperialismus, aber auch der VR China dafür sorgt, dass die EU, unter Führung des deutschen und französischen Imperialismus an Boden gewinnt.
- Die EU soll die Vorherrschaft des deutschen Imperialismus in der EU sichern und den Konkurrenzkampf mit dem französischen Imperialismus „zivilisiert“ austragen.

-
- Die EU soll dem deutschen Imperialismus Extraprofite sichern, durch das Ausbluten schwächerer Ökonomien in der EU, aber auch durch das Ausnutzen der ungerechten Verhältnisse der EU zu anderen Teilen der Welt, zum Beispiel zu Afrika, wie sie unter anderem durch Freihandelsabkommen entstehen. Die gehen eigentlich immer zu Lasten der schwächeren Partner.

Diese Strategie hat militärische, ökonomische, politische und ideologische Komponenten.

Militärisch, das Zusammenspiel mit der NATO, den Aufbau von PESCO und anderer europäischer militärischer Strukturen, die eigene Hochrüstung und Rüstungsexporte.

Ökonomisch, die Binnenstruktur der EU, die starke Ökonomien bevorteilt und eine EU, die über Freihandelsabkommen etc. die herrschenden Klassen anderer Ökonomien dazu bringt, die Ressourcen ihrer nationalen Basis der EU zu überlassen.

Politisch, eine Mischung aus Gemeinsamkeit und Konkurrenz mit dem US-Imperialismus zu entwickeln, in diesem Umfeld politisch zu erstarren und das Völkerrecht gemeinsam mit dem US-Imperialismus zu einem Instrument umzuformen, das beider Interessen dient.

Ideologisch, die Absicherung der oben genannten Faktoren, die Einbindung der Ausgebeuteten in der EU, die Spaltung der Arbeiterklassen, das Ausspielen der einzelnen nationalen Abteilungen der Arbeiterklasse gegeneinander und das Ausspielen der nationalen Abteilungen der Arbeiterklasse der EU gegen nationale Abteilungen der Arbeiterklasse anderer Länder.

Das macht unser Programm so wichtig. Es bekämpft die Strategie der Herrschenden und es bekämpft die Einbindung der Beherrschten.

Deswegen ist die Vorbereitung unserer Kandidatur, unser Wahlkampf kein „business as usual“.

Wir treten als Internationalisten an, weil wir einem Kurs gegensteuern müssen, der Teile der deutschen Arbeiterklasse über die EU in die imperialistische Ausbeutung schwächerer Ökonomien einbindet.

Wir treten als Friedenkämpfer an, weil die EU, Produkt und Instrument der Weltherrschaftsansprüche von US-Imperialismus, NATO und der europäischen Imperialisten ist. Wir müssen deutlich machen: wer sich in diese EU-Strategie der Herrschenden einbinden lässt, der macht sich gemein mit der Abschottung der EU, mit der Ausplünderung ganzer Kontinente, also mit dem Verursachen von Flucht und mit der brutalen Abschottung im Mittelmeer und in Afrika.

Wir müssen deutlich machen, dass die EU ein Instrument zur dramatischen Erhöhung des Drucks auf die Kommunen ist, ihr Tafelsilber zu verscherbeln und zu privatisieren. Wir müssen deutlich machen, dass die Kehrseite des Erfolgs der deutschen herrschenden Klasse in der EU die Agenda-Politik und die Hartz-Gesetze sind.

Zu dieser Verantwortung, die wir in unserem Land, die wir international haben, passt unsere bisherige Herangehensweise an die Sammlung der Unterschriften nicht – das müssen wir jetzt dringend ändern.

6. Tagung des Parteivorstandes 26./27. Januar 2019, Essen

Beschlüsse

Solidarität mit der KP Venezuela

Angesichts der gefährlichen Situation in Venezuela, in der ein erneuter Putsch gegen die seit 1998 gewählte und immer wieder bestätigte Regierung zunächst unter Hugo Chávez und jetzt unter Nicolás Maduro durchgeführt wird, bekräftigt die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) ihre Solidarität mit den fortschrittlichen Kräften des Landes.

Dabei gilt die Solidarität der DKP besonders den Genossinnen und Genossen der Kommunistischen Partei Venezuelas (PCV). Diese sind schon in der Vergangenheit Ziel von Attacken rechter Gruppen und Großgrundbesitzer gewesen, weil sie am konsequentesten für ein freies Venezuela streiten und weil sie nicht nur wissen, dass die soziale Frage nur im Sozialismus gelöst werden kann, sondern weil sie diese Erkenntnis auch unter den Massen verbreiten.

Wir verurteilen die Aufforderung von vier EU-Regierungen, darunter auch der Bundesregierung, an den gewählten Präsidenten Maduro, innerhalb weniger Tage Neuwahlen auszurufen.

Wir fordern die Mitglieder der DKP auf, unmittelbar Protestaktionen zu organisieren und zu unterstützen, um Druck auf die Bundesregierung auszuüben, den gewählten Präsidenten anzuerkennen und den Putschversuch zurückzuweisen.

Der Parteivorstand der DKP appelliert an Mitglieder und Freundeskreis der DKP, die Arbeit der Genossinnen und Genossen der PCV durch Spenden an den Venezuela-Solidaritätsfonds der DKP zu unterstützen.
Spendenkonto DKP-Parteivorstand, GLS-Bank, BIC: GENODEM1GLS, IBAN: DE63 4306 0967 4002 4875 01. Verwendungszweck: Solidarität mit der PCV!

(einstimmig angenommen)

Gestaltung der Beziehungen zu Kommunistischen und Arbeiterparteien

Die DKP erachtet die Intensivierung der Zusammenarbeit der Kommunistischen und Arbeiterparteien als entscheidenden Weg zur Stärkung der revolutionären und antiimperialistischen Bewegung im globalen Maßstab.

Dabei anerkennt die DKP, dass es unterschiedliche Auffassungen zwischen Kommunistischen und Arbeiterparteien zu einer Reihe von Fragen gibt. Diese können und müssen Gegenstand einer solidarischen inhaltlichen Debatte zwischen den Parteien sein. Die Debatte, die gemeinsame Praxis und der Austausch über die geführten Kämpfe können zu Erkenntnisgewinn führen und damit das Wirken aller Parteien, aber auch der kommunistischen Weltbewegung in der Gesamtheit verbessern helfen.

Die DKP lässt sich von der Erfahrung leiten, dass die Stärkung der internationalen revolutionären Bewegung zugleich die Stärkung der revolutionären Bewegung in den einzelnen Ländern einschließt. Die DKP verbindet das konsequente Eintreten für die Sache der Werktätigen im eigenen Land mit der solidarischen Unterstützung des Kampfes der fortschrittlichen Kräfte in der ganzen Welt. Dabei geht die DKP von dem Grundsatz aus, dass jede Kommunistische Partei ihre Politik selbständig erarbeitet. Sie trägt hierfür die Verantwortung vor der eigenen Arbeiterklasse und Gesellschaft und zugleich vor den Werktätigen aller Länder.

Die DKP entwickelt in ihren eigenen Reihen Diskussionen über Positionen anderer KPen und Arbeiterparteien, ohne diese damit zwangsläufig zu übernehmen oder für sich und noch weniger für den Wirkungsbereich dieser Parteien abzulehnen.

Ein offener Meinungsaustausch auf der Basis von Selbstständigkeit, Unabhängigkeit, Gleichberechtigung und freiwilliger Zusammenarbeit erweitert unsere wissenschaftliche Weltanschauung. Im Meinungsaustausch handeln wir nach dem Prinzip, dass Kommunistische Bruderparteien gleichrangig sind, unabhängig von ihrer Größe oder ihrem Einfluss in der Gesellschaft. Dieses Herangehen erwarten wir auch von ihnen. Wir halten es so, dass Kritik unter Bruderparteien nicht in der Öffentlichkeit ausgetragen wird. Dieses Prinzip verteidigen wir in unserer Mitgliedschaft. In unseren Parteipublikationen sind Bewertungen von unterzeichnenden Autor/inn/en nicht als Position der DKP zu verstehen.

Das gilt besonders für Bewertungen von Entwicklungen von Staaten, die von Bruderparteien regiert werden, denen wir mit Respekt vor der Schwierigkeit ihrer Aufgabe begegnen. Die DKP verteidigt die sozialistischen Errungenschaften in den Staaten mit sozialistischer Orientierung gegen die Diffamierungen durch den Klassengegner und seine Medien.

(einstimmig angenommen)

DKP Büchel- Aktionspräsenz 2019

Im Rahmen des Neuen Kalten Krieges gegen Russland und der zunehmende aggressiven Haltung gegenüber der Volksrepublik China hat auch die Nuklearstrategie der NATO in den letzten Jahren eine erhebliche Aufwertung bekommen. De facto handelt es sich hierbei um die US-Nuklearstrategie unter dem Deckmantel der NATO^{xvii}. Angesichts der ständigen Militärmanöver in Nordeuropa und der Ostsee, Truppenstationierungen in Osteuropa bis an die russische Westgrenze heran und den provokativen Militärkonvois quer durch Europa wie jetzt wieder im Januar und Februar ist eine Entspannungspolitik und (nukleare) Abrüstung geboten. Doch die Bundesregierung weigert sich, dem Beschluss des Bundestages von 2010, wonach sie sich „mit Nachdruck für den Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland einsetzen“ solle nachzukommen.

Zur Aufwertung der Nuklearstrategie zählt neben der Installierung des INF-Vertragswidrigen sogenannten „Raketenabwehrschildes“ die bereits unter der Obama-US-Regierung beschlossene Modernisierung US-Atombomben. In den USA steht die Produktion der neuen Atombomben B61-12, die auf dem Bundeswehr Fliegerhorst Büchel (Rheinland-Pfalz) stationiert werden sollen, in den Startlöchern.

Die Kampagne „Büchel ist überall - atomwaffenfrei.jetzt!“ kündigt daher an, 2019 den Druck gegen die Atombomben in Büchel zu verstärken.

Entsprechend dem Beschluss des 21. Parteitages der DKP beteiligen wir uns auch in diesem Jahr vom 11.-14. Juli an der Aktionspräsenz „20 Wochen gegen 20 Atombomben“.

Wir veranstalten ein reichhaltiges Politik-/Kulturprogramm, Kundgebungen und führen Protestaktionen durch.

Ziel ist es, die Beteiligung im Vergleich zu unserer letztjährigen Aktionspräsenz durch Vorbereitung und Mobilisierung aus allen DKP-Bezirken und Landesorganisationen weiter zu steigern.

Der Parteivorstand führt seine (zeitlich reduzierte) Tagung am 13. Juli im Camp durch.

Die Aktivitäten werden gemeinsam vom PV und dem Bezirk Rheinland-Pfalz durchgeführt. Wir streben dabei die enge Zusammenarbeit mit der SDAJ an.

Wie in den vergangenen Jahren auch, laden wir Gastdelegationen Kommunistischer- und Arbeiterparteien aus Belgien, Luxemburg, den Niederlanden und ggf. weiteren Ländern ein.

(einstimmig angenommen)

Pressefreiheit verteidigen

Angriff der Deutschen Post AG auf junge Welt zurückweisen

Die Tageszeitung junge Welt ist den Herrschenden, ihren Institutionen, ihren Medien und ihren Monopolen mehr als ein Dorn im Auge. Immer wieder wird versucht die Existenz der jungen Welt zu gefährden. Diesmal ist es die Deutsche Post AG, die unter Ausnutzung ihrer Monopolstellung versucht die junge Welt finanziell zu zerstören. Entgegen der Ankündigung, die Zustellpreise für die *junge Welt* im Jahr 2019 um 2,8 Prozent zu erhöhen, fordert die Post kurzfristig einen Preisaufschlag von 28,5 Prozent und damit mindestens 90.000

Euro mehr für das laufende Jahr. Dieses Manöver betrifft neben der jungen Welt nur wenige andere Presseerzeugnisse, er nutzt die Spezifik der jungen Welt als bundesweite Tageszeitung mit wenigen Druckstandorten und einem geringen Gewicht der Einzelausgabe aus. Es lässt sich mit Recht von einer „Causa junge Welt“ sprechen.

Der Parteivorstand der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) protestiert aufs Schärfste gegen diesen ökonomischen Anschlag auf die Pressefreiheit.

Der Parteivorstand der DKP ruft alle Mitglieder und Gliederungen der DKP auf ihre Solidarität und ihren Protest zum Ausdruck zu bringen. Schreibt Protestbriefe an den Vorstand der Deutschen Post AG. Werbt für Solidarität in Bündnissen, Vereinen, Gewerkschaften initiiert Solidaritäts- und Protesterklärungen an die Deutsche Post AG. Macht diesen Skandal und unseren Protest öffentlich.

Wir rufen alle, die die Pressefreiheit verteidigen wollen auf jetzt den politischen Druck zu organisieren, der die Deutsche Post AG zwingt diesen geplanten Anschlag auf die Pressefreiheit zurückzunehmen.

(einstimmig angenommen)

Veranstaltung zum 70. Geburtstag der DDR

- 1) Der Parteivorstand beauftragt das Sekretariat mit der Vorbereitung einer Großveranstaltung zum 70. Geburtstag der DDR.
Die Veranstaltung soll in den Ost-Bundesländern, ggf. in Berlin stattfinden
- 2) Die Veranstaltung soll eine ähnliche Größenordnung, ein ähnliches Format haben wie die Veranstaltung zum 100. Jahrestag der Oktoberrevolution.
- 3) Rotfuchs, GRH, OKV, SDAJ sollen angesprochen werden, ob sie Interesse an einer gemeinsamen Durchführung haben
- 4) Das Sekretariat legt der 7. PV-Tagung den Entwurf einer inhaltlichen Konzeption vor, die dann als Grundlage für die Diskussion mit möglichen Mitveranstaltern dienen soll
- 5) Die Veranstaltung soll im Oktober / November 2019 stattfinden
- 6) Geeignete Räumlichkeiten werden ab sofort gesucht.

(einstimmig angenommen)

Schluss mit der Ermordung von politischen Aktivist/inn/en in Kolumbien!

Aus Kolumbien kommen alarmierende Nachrichten eines täglichen Mordens an gesellschaftlichen Kämpfern, Umweltaktivistinnen und -aktivisten, indigenen Autoritäten, Kulturschaffenden und ehemaligen FARC-Guerilleros. Das sind keine isolierten Taten, und sie sind auch nicht neu. Es handelt sich um einen Plan, um das ausgehandelte Friedensabkommen mit der Guerilla zu zerstören und die Herrschaft des Großgrundbesitzes auf dem Land zu vertiefen.

Die kolumbianische Regierung verhält sich gleichgültig; im Gegenteil gibt sie besondere Vorzüge an Viehzüchter und Landbesitzer, die für Gewalttaten, ungesetzliche Landnahme und Verfolgung verantwortlich zu machen sind.

Die DKP ruft zu Aktivitäten innerhalb der internationalen Solidaritätstage vom 30. Januar bis zum 2. Februar auf, in denen es um Bekanntmachung dieser Tatsachen, eine Sensibilisierung für das Geschehen und die Zurückweisung der Auslöschung der kolumbianischen Volksbewegung sowie um Solidarität mit ihren Kämpfen für Frieden, Leben und Demokratie geht.

(einstimmig angenommen)

Delegation Vier-Parteienkonferenz, 9./10. März, Niederlande

Zu der Vier-Parteien-Konferenz am 9./10. März zum Thema "Eingreifen Kommunistischer Parteien in die Klassenkämpfe unserer Zeit" entsendet die DKP folgende GenossInnen:

1. Gianna H.
2. Olaf H.
3. Jan v H.
4. Patrik K.
5. Daniel K.
6. Katrin K.
7. Barbara M A.
8. Jann M.
9. Günter P.
10. Volkmar S.

(einstimmig angenommen)

Zur Erarbeitung der Nachkriegsgeschichte der kommunistischen Parteien in den westlichen Besatzungszonen und der Bundesrepublik

Antrag:

Der Parteivorstand beauftragt seine Geschichtskommission damit, auf ihrer nächsten Sitzung (23. 02. 2019), einen Maßnahmenplan für die Erarbeitung eines Grundrisses zur politisch-programmatischen Entwicklung der Kommunistischen Parteien in Westdeutschland ab 1945 (Trizone und BRD) zu entwickeln. Auf dieser Grundlage soll dann bis Ende 2019 die weitere Erarbeitung von Materialien zur Geschichte der westdeutschen kommunistischen Bewegung (KPD, DKP und SEW) geplant werden.

Begründung:

Auf der Geschichtskommissionstagung am 10.11.2018 in Essen wurde über die Notwendigkeit der Erarbeitung der Nachkriegsgeschichte (ab 1945) der west- und bundesdeutschen kommunistischen Bewegungen und Organisationen diskutiert. Die Beteiligten waren sich einig in der Einschätzung, dass diese Arbeit unbedingt begonnen werden muss, auch um diesbezüglichen Darstellungen aus anderen politischen Richtungen entgegenzutreten. Es kann nicht abgewartet werden, „dass die anderen unsere Geschichte schreiben.“

Die Geschichtskommission hält dieses Projekt für die Kenntnis der neuen Mitglieder über die Politik und das Wirken der Kommunistischen Parteien in dieser Zeit und zur Verteidigung unserer Geschichte gegen die Geschichtsverfälschungen der „Aufarbeitungshistoriker“ für notwendig.

Die durch die Spaltung Deutschlands bedingte eigenständige programmatische und organisationspolitische Entwicklung der kommunistischen Bewegung in den Westzonen und später in der Bundesrepublik ist erst in Anfängen und in Teilen zusammengefasst und dokumentiert. Ein Grund dafür ist, dass durch das KPD-Verbot eine objektive historische Arbeit an der Geschichte kommunistischer Organisationen einer Kriminalisierung ausgesetzt wurde. Trotz einiger individueller Versuche, diese Geschichte zusammenzufassen, steht die eigenständig erarbeitete Geschichte der westdeutschen und bundesdeutschen Kommunisten sowie ihrer Organisationen noch aus. Nach 1968 wurden die ersten Ansätze der Geschichtsarbeit durch die DKP wieder aufgenommen. Es ist ein Verdienst der hier tätigen Genossen, dass Biographien und Dokumentenbände zusammengestellt wurden. Diese Arbeit wurde wieder durch die Auswirkungen der Konterrevolution 1989 unterbrochen. Es ist jetzt an der Zeit, diese Arbeit wieder aufzunehmen.

Die Nachkriegsgeschichte ist für die meisten jüngeren Genossinnen und Genossen etwas Unbekanntes. Aus der Geschichte dieser Zeit Optimismus zu schöpfen ist heute aber notwendig. Auch ältere Genossinnen und Genossen sind nicht frei von pessimistischen Zukunftsvorstellungen. Eine Notwendigkeit entsteht auch aus der offensiven Auseinandersetzung mit den „Aufarbeitungshistorikern“ dieses Staates und der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Sie besetzen immer mehr unsere Geschichte. Für die bürgerlichen Auftragshistoriker geht es in erster Linie um eine Interpretation der Nachkriegsgeschichte, in der die KPD und später die DKP als „Interventionsapparat der SED“ gegen die Bundesrepublik im „Kalten Bürgerkrieg“ dargestellt werden. Es

geht um die Theorie der „zwei Diktaturen“ als Gleichsetzung von Kommunismus mit Faschismus.

Dass die Frage nach einer zusammenfassenden Geschichtsdarstellung und Bewertung nicht nur von uns gestellt wird machen drei Kommentare, nicht nur von DKP-Genossen, deutlich:

a) *Herbert Mies: „Die Deutsche Kommunistische Partei fing 1968 nicht „am Nullpunkt“ an. Sie kann für sich in Anspruch nehmen, in der Kontinuität der weit mehr als ein Jahrhundert zurückreichenden revolutionären Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung zu stehen. Die DKP ist in der Bundesrepublik die legitime Erbin des Vermächtnisses des von Karl Marx und Friedrich Engels gegründeten Bundes der Kommunisten, der revolutionären Sozialdemokratie, des Spartakusbundes und der Kommunistischen Partei Deutschlands, der Partei Karl Liebknechts, Rosa Luxemburgs und Ernst Thälmanns.*

Aber gerade in Bezug auf unser gegenwärtiges und zukünftiges Wirken ist die unmittelbare Vergangenheit für uns von besonderem Interesse. Das umso mehr, als gerade dieses Zeit noch ungenügend aufbereitet ist, bisweilen schon in Vergessenheit gerät, oft auch aus Unkenntnis oder Böswilligkeit entstellt wird.“

(Quelle: Herbert Mies. Gedanken zum zehnten Jahrestag der Gründung der DKP. Ein Beitrag zur Entwicklung der revolutionären Arbeiterbewegung in der Bundesrepublik. In: Die DKP: Gründung, Entwicklung, Bedeutung. Hrsg.: Max Schäfer. Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt a. M. 1978)

b) *Aus einem Artikel von Arno Klönne: Außerparlamentarische Opposition begann nicht erst 1968. In: Tabus der bundesdeutschen Geschichte. 2006. Verlag Ossietzky. (Zusammenfassung):*

„Dem derzeitigen Geschichtsverständnis nach ist in der Alt-Bundesrepublik eine nennenswerte außerparlamentarische Opposition erstmals in Gestalt der Studentenbewegung um 1968 aufgetreten. Mit den historischen Realitäten haben solche Annahmen oder Deutung nichts gemein.

(...) Schon in den Jahren vor der Gründung der Bundesrepublik gab es in den industriellen Zentren der britischen und US-amerikanischen Zone, mit dem Schwerpunkt im Ruhrgebiet, eine Welle von spontanen Streiks und sogenannte Hungermärsche, organisiert von Betriebsräten, örtlichen Gewerkschaftsgruppen und Aktionsausschüssen.

Im März und April 1947 streikten in der Britischen Zone Hunderttausende. Die Besatzungsbehörden versuchten, diese Bewegungen einzudämmen, sie drohten mit Belagerungszustand und Standrecht. Die Gewerkschaftsführung/Gewerkschaften verhielten sich gegenüber diesem (unkontrollierten) Protest aus der Arbeiterbevölkerung reserviert, die SPD betonte ihre Distanz. Die KPD – vor allem in Nordrhein-Westfalen damals noch ein relevanter politischer Faktor – unterstützte die Demonstrationen, aber diese waren keinesfalls Hervorbringungen kommunistischer Parteitaktik. Antreiber war vielmehr der Zorn über die unzureichende materielle Versorgung, aber auch darüber, daß die alten Inhaber unternehmerischer Macht, die ›Kohle- und Stahl-Barone‹, das Heft wieder in die Hand bekamen.“

c) *Dieses Problem des fehlenden historischen Gesamtbildes wurde 1970 in dem von DDR-Historikern veröffentlichten Buch "Kritik der bürgerlichen Geschichtsschreibung. Handbuch" benannt: „Dem offiziellen Bild von der Entstehung der beiden deutschen Staaten sowie der selbständigen politischen Einheit Westberlin steht das Geschichtsbild der Arbeiterklasse, aber auch kleinbürgerlicher und anderer nichtmonopolistischer Kreise, demokratischer, friedliebender Kräfte gegenüber. Es handelt sich jedoch meist nicht um ein geschlossenes, einheitliches Geschichtsbild, sondern um teilweise recht heterogene Vorstellungen. Ein von einem konsequenten Klassenstandpunkt getragenes und eine geschlossene Grundkonzeption entwickeltes „Gegenbild“ zum imperialistischen Geschichtsbild vertraten und vertreten nur die wirklich progressiven Kräfte in der Bundesrepublik mit der KPD und DKP an der Spitze. In den Dokumenten der KPD und den Reden von Max Reimann und anderen wurden im Kampf gegen Restauration und Spaltung die Konturen eines fortschrittlichen westdeutschen Geschichtsbildes über die Entstehung der beiden deutschen Staaten entwickelt. Durch das Verbot der KPD und die Verfolgung und Unterdrückung aller fortschrittlichen Kräfte wurde die Entwicklung einer progressiven Geschichtsschreibung in der Bundesrepublik entscheidend gehemmt. Dadurch konnten dort die erwähnten Konturen bisher noch nicht zu geschlossenen, zusammenfassenden historischen Darstellung weiterentwickelt werden. Die Lösung dieser Aufgabe steht noch aus, (...)“*

(Quelle: Kritik der bürgerlichen Geschichtsschreibung. Handbuch. Hg.: W. Berthold, G. Lozek, H. Meier, W. Schmidt. Pahl-Rugenstein Verlag, Köln, 1970. Diese Ausgabe ist erstmalig im Akademie-Verlag, DDR, Berlin unter dem Titel erschienen: "Unbewältigte Vergangenheit. Handbuch zur Auseinandersetzung mit der westdeutschen bürgerlichen Geschichtsschreibung.")

Zeitplan (Vorschlag)

Die nächste Beratung der Geschichtskommission findet am 23.02.2019 in Essen statt. Diese Beratung muss die ersten konkreten Maßnahmen und Aufträge beschließen.

Zeitlicher Rahmen: Da nicht nur diese Aufgabe vor der Geschichtskommission steht, sollten der Zeitrahmen genug Spielraum enthalten.

- März bis Juni 2019: Erarbeitung des Grundrisses
- Juli 2019: Zwischenergebnis
- August bis November 2019: Planung der weiterführenden Materialien

(einstimmig angenommen)

Termin- und Themenplan des DKP-Parteivorstands 2019

7. PV-Tagung, 23./24. März 2019

Schwerpunkt: Bewusstseinsstand der Arbeiterklasse
2. Thema: Ausrichtung des 23. Parteitages

8. PV-Tagung, 11./12. Mai 2019

Schwerpunkt: Entwicklung in Ostdeutschland
2. Thema: Entwicklung der UZ

9. PV-Tagung, 13. Juli // Aktionstagung in Büchel

10. PV-Tagung, 21./22. September 2019

Schwerpunkt: Organisationspolitik/Bilanz
2. Thema: Vorbereitung des 23. Parteitages

11. PV-Tagung, 23./24. November 2019

Schwerpunkt: Vorbereitung des 23. Parteitages
2. Thema: Antifaschismus

(einstimmig angenommen)
